



## **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

### **32. Sitzung (öffentlich)**

24. September 2014

Zülpich – Bürgerbegegnungsstätte Martinskirche

11:00 bis 11:45 Uhr

12:05 bis 13:45 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **3**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz  
2015)** **4**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6500  
Drucksache 16/6710 (Ergänzung)

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,  
Natur- und Verbraucherschutz

hier: Einführung in den Einzelplan 10

PSSts Horst Becker (MKULNV) führt in den Einzelplan 10 ein.

**2 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Hegeplanverordnung  
und Aufhebung der IVU-Richtlinie – im Wasserrecht 14**

Vorlage 16/2128

Der **Ausschuss** wurde **angehört**.

**3 Entwurf einer Siebten Verordnung zur Änderung der Verordnung  
über Zuständigkeiten im Arzneimittelwesen und nach dem  
Medizinproduktegesetz 15**

Vorlage 16/2176

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

**4 Verschiedenes 16**

– Siehe Diskussionsteil.

**Arbeitsessen in der Martinskirche mit den Gartenbauverbänden 17**

Die Vertreter der Gartenbauverbände NRW geben einen Überblick über die wirtschaftliche Situation ihrer Betriebe, tragen zu bestimmten Themen Details vor, die der **Anlage 1** zu diesem Protokoll zu entnehmen sind, und beantworten Nachfragen aus dem Ausschuss.

\* \* \*

## 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6500  
Drucksache 16/6710 (Ergänzung)

Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

hier: Einführung in den Einzelplan 10

**Vorsitzender Friedhelm Ortgies** merkt an, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum in seiner Sitzung am 10. September 2014 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden. Die Einführungsrede zum Einzelplan 10 sei dem Ausschuss mit Vorlage 16/2221 übersandt worden. Der Staatssekretär werde auf einige Punkte eingehen. Fragen könnten anschließend beantwortet werden.

**Parlamentarischer Staatssekretär Horst Becker (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)** trägt vor:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Zunächst einmal darf ich von mir aus den Minister ganz herzlich entschuldigen. Er ist zwischen Windmesse und Waldbauerntag unterwegs und deswegen heute verhindert. Ich habe die Ehre, Ihnen heute mit einigen Sätzen den Etat für unser Haus vorstellen zu dürfen. Die lange schriftliche Fassung liegt Ihnen vor, sodass Sie sich, wenn Sie wollten, schon damit beschäftigen können. Ich kann mir jetzt ersparen, auf jedes Detail einzugehen.

Ich will allerdings am Anfang sagen, dass unser Haus zwar große und wichtige Themen hat, aber lediglich 1,5 % des gesamten Haushaltsansatzes für das Jahr 2015 auf den Einzelplan für unser Haus entfallen. Das sind, um es in konkreten Zahlen zu sagen, 953 Millionen € von insgesamt über 63 Milliarden €, die auf unser Haus zurückgehen. Das ist angesichts der Themen, die wir bearbeiten, ein sehr bescheidener Ansatz.

Die Themen will ich noch einmal der Kürze halber schlagwortartig nennen. Da ist zum einen Klima und Energie, des Weiteren Umwelt, Wirtschaft und Nachhaltigkeit, das Naturerbe, Wasser, Abfall- und Bodenschutz, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Tierschutz, Umwelt und Gesundheit. Wenn Sie die Überschriften zusammen mit uns hinterfragen, dann werden Sie sehr schnell merken: In unserem Haus sind zentrale gesellschaftliche Themen und Herausforderungen ange-dockt, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, denen wir uns mit großem Engagement und relativ kleinem Budget widmen.

Ich will die Herausforderungen im Einzelnen kurz durchgehen. Da ist zum einen „Klimaschutz made in NRW“. Klimaschutz und Energiewende, made in NRW, ist zweifellos eine der führenden Marken unseres Hauses. In dem Dreisprung „Klimaschutz-Startprogramm, Klimaschutzgesetz, Klimaschutzplan“ sind wir jetzt da, wo wir 2010 bzw. 2012 hin wollten und wohin wir aufgebrochen sind, nämlich unser Land zu einem Vorreiter der Energiewende im Bund und auf dem internationalen Parkett zu machen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gehört neben der Steigerung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung zu den Brückenpfeilern in eine neue Energiezukunft.

Mit dem Klimaschutzgesetz, dem Windenergieerlass, den Potenzialstudien zu den Erneuerbaren und dem Leitfaden zur Windenergie im Wald sowie Windenergie und Artenschutz haben wir den Ausbau für die Erneuerbaren in NRW ganz deutlich markiert.

Der Klimaschutzplan, der in diesen Tagen in die Vorabstimmung geht und dem Landtag 2015 zur Beschlussfassung vorgelegt wird, ist die Road Map für einen ambitionierten Klimaschutz, der unser Land bundesweit, nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch in eine Poolposition bringen wird.

Mit der Energieagentur NRW haben wir einen bundesweit einmaligen Dienstleister, der vor allem für Unternehmen und Kommunen mit einer breit gefächerten Kompetenz zur Verfügung steht und letztlich so etwas wie der Maschinenraum für die Energiewende ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum nächsten Arbeitsbereich kommen, den ich ebenfalls kurz skizzieren will: Umweltwirtschafts- und Nachhaltigkeitsstrategie. Wir wollen und werden strategisch zusammenführen, was zusammengehört: Umwelt und Wirtschaft, und zwar in einer konsistenten Umweltwirtschaftsstrategie. Wir stärken die Vernetzung der Unternehmen auf dem Feld der Umweltwirtschaft. Wir fördern Umwelt- und Klimaschutz-Investitionen, und wir verbessern den Wissenstransfer. Mit dem Umweltwirtschaftsbericht sollen die Stärken und Potenziale der Branche im Bundesland und seinen Teilregionen benannt und relevante Zukunftsmärkte identifiziert werden.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat die Nachhaltigkeit zum politischen Leitprinzip ihres Handelns erklärt. Bis Ende 2015 soll in einem breiten Beteiligungsprozess eine Landesnachhaltigkeitsstrategie erarbeitet werden. Außerdem werden wir im kommenden Jahr die Strategie für Bildung, für nachhaltige Entwicklung zum Abschluss bringen. Die Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen wird in den kommenden Jahren verstärkt der wachsenden Bedeutung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit gerecht werden.

Ich komme zum nächsten Punkt, dem Schutz unseres wertvollen Naturerbes. Wir haben bereits eine Biodiversitätsstrategie für NRW erarbeitet, die sich derzeit in der Diskussion befindet. Unser Landschaftsgesetz soll hin zu einem NRW-Naturschutzgesetz novelliert und entwickelt werden. Die Novelle des Landesjagd-

gesetzes liegt seit wenigen Tagen im Entwurf vor. Das novellierte Gesetz soll bis zum Sommer nächsten Jahres in Kraft treten.

Ich komme zum nächsten Geschäftsfeld: Wasser, Boden, Abfall. Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie wird weitergeführt. Ende 2014 wird der Entwurf des notwendigen, von der EU vorgegebenen zweiten Bewirtschaftungsplans und Maßnahmenprogramms veröffentlicht. Danach findet eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit bis Ende Juni 2015 statt, bevor dieser zweite Bewirtschaftungsplan nach den Vorgaben der EU hier in Abstimmung mit diesem Ausschuss verabschiedet werden kann.

Die Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes in NRW geht weiter voran. Ein wichtiger Eckpunkt in unserem Konzept ist die Sanierung der Hochwasserschutzanlagen am Rhein. Derzeit wird zusammen mit den Kommunen ein Fahrplan Deichsanierung mit dem Ziel, bis 2025 fertig zu sein, erarbeitet.

Die UNESCO hat das Jahr 2015 zum Jahr des Bodens ausgerufen. NRW übernimmt die Schirmherrschaft zum Nationalen Jahr des Bodens und wird bis Ende des Jahres auch noch einiges dazu vorstellen.

Der Abfallwirtschaftsplan für die Siedlungsabfälle: Dort ist die Veröffentlichung des neuen Planes für 2015 vorgesehen. Ein wesentlicher Eckpfeiler, ein wesentliches Ziel dabei ist die regionale Entsorgungsautarkie.

Ich komme zum nächsten großen Arbeitsfeld unseres Hauses, der Landwirtschaft und der Entwicklung der ländlichen Räume. Die Herausforderungen, die dort vor uns liegen, will ich kurz anreißen. Da ist zum einen die Tierhaltung, bei der wir weiterhin das Ziel verfolgen, Fehlentwicklungen bei der Tierhaltung zu korrigieren. Da ist zum Zweiten der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, bei der wir mehr Öko und mehr Bio und vor allen Dingen auch mehr regionale Produkte forcieren wollen und auch dafür sorgen wollen, dass die Nachfrage, die es in NRW nach ökologischen und biologischen Produkten gibt, hier mehr befriedigt und erfüllt werden kann, und zwar aus eigener Produktion.

Da ist der Ausbau der Agrarumwelt- und Tierschutzmaßnahmen im neuen NRW-Programm, wo Europa von uns eine konsequente Umsetzung und ein konsequentes Engagement bei den Agrarumweltmaßnahmen erwartet. Da ist ein weiterer Schwerpunkt, die Rechtsetzung und Vollzug der Düngeverordnung. Ich will an der Stelle persönlich bemerken: Als ich in das Ministerium gekommen bin, war das Thema schon ein Thema, zu dem die damalige Bundesagrarministerin gesagt hat, es würde in Kürze vorgelegt. Wir warten immer noch darauf. Ich hoffe, dass wir nicht alle zusammen in die Situation kommen, dass wir als Bundesrepublik irgendwann aufgrund eines Vertragsverletzungsverfahrens Strafen zu bezahlen haben. Die überfällige Novelle, die jetzt in Kürze hoffentlich ansteht, werden wir im Bundesrat kritisch begleiten müssen und uns für eine deutliche Anhebung der Standards einsetzen.

Da ist das NRW-Programm „Ländlicher Raum 2014 bis 2020“, wo wir gerade im Zusammenhang mit der Verteilung der EU-Mittel über den Bund eine deutliche

Verstärkung vorsehen. Da ist die Verdoppelung der Zahlen der nordrhein-westfälischen LEADER-Regionen, wobei wir LEADER zu einem zentralen Förderinstrument für die ländliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ausbauen werden.

Wir wollen darüber hinaus auch einen wesentlichen weiteren Beitrag zum Ausbau der Breitbandversorgung in Nordrhein-Westfalen im ländlichen Raum leisten. Ich will deutlich darauf hinweisen, dass das alleine nicht ausreicht, um die Ziele der Landesregierung und der Bundesregierung bis 2018 zu erreichen. Wir werden uns an dieser Stelle in den nächsten Wochen und Monaten alle zusammen dafür einzusetzen haben, dass die Lizenzgebühren, die bei der Vergabe der neuen LTE-Netze im 700er-Bereich auch für den Breitbandausbau im ländlichen Raum genutzt werden können.

Meine Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Ich komme zum Verbraucherschutz und zum Tierschutz. Hier lautet unsere Kernbotschaft: Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Das heißt unter anderem besserer Schutz von einkommensschwachen Haushalten vor Energiesperren, das heißt, Sensibilisierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Ergreifung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Energieeinsparung. Wir engagieren uns weiter im EU-Schulobstprogramm für gesunde Ernährung in der Schulverpflegung und für gesunde Ernährung in Kindertagesstätten. Wir betreiben im Bereich Tierschutz ein Gesetzesvorhaben zur Haltung gefährlicher Tiere wildlebender Art.

Zuletzt kommen wir zu einem Feld, auf dem wir uns ebenfalls tummeln, nämlich Umwelt und Gesundheit. Hier ist zu sagen, dass wir vier Jahre nach Einführung des Umweltinspektionserlasses in der Stärkung der Umweltüberwachung ein gutes Stück vorangekommen sind. Mit der europäischen Richtlinie über Industrieemissionen wurde die beste verfügbare Technik für die unter die Richtlinie fallenden Anlagen als verbindliche Anforderung eingeführt. Nicht zuletzt zur Stärkung der Umweltüberwachung und zur Wahrnehmung der neuen Aufgaben ist auch die anhängige Ausbildung und Qualifizierung der neu eingestellten Beschäftigten eine zentrale und bedeutsame Aufgabe.

Im Rahmen der NOx-Minderungsstrategie werden wir ein Gutachten vergeben, das mögliche Minderungsmaßnahmen in den Sektoren Verkehr, Energieerzeugung und Industrie darstellen soll. Gemäß dem Koalitionsvertrag von SPD und Grün beabsichtigt die Landesregierung des Weiteren, die Lärmbelastungen in NRW durch eine umfassende Lärminderungsstrategie zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, das waren die wichtigsten Haushaltsansätze unseres Hauses. Ich glaube, die 1,5 %, von denen ich vorhin gesprochen habe, sind zwar nur ein kleiner Teil des Haushaltes, aber sie repräsentieren einen weiten Teil der Politik dieser Landesregierung.

Ich will an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Es sind auch Restriktionen, mit denen wir umzugehen haben, mit denen auch unser Haus umzugehen hat. Sie kennen all die Schlagworte knappe Kassen, Haushaltssperre und das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes im Jahre 2020. Das heißt, in diesem Rahmen bewegt sich

auch unser Haus, bewegt sich auch der Etatansatz für unser Haus und bewegt sich eben auch alles, was wir für Klima, Natur und Umwelt, für Verbraucherinnen und Verbraucher tun. Ich sage das deswegen, weil es so ist, dass aus Sicht unseres Hauses und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter manches darüber hinaus wünschenswert wäre, um weiter an dem Ziel gemeinsam zu arbeiten, dass wir in einer lebenswerten Welt, in einem liebenswerten NRW leben können und zusammen daran arbeiten können, dass wir uns weiter in diesem Land wohlfühlen.

**Vorsitzender Friedhelm Ortgies** bedankt sich für den gestrafften Überblick über die Haushaltssituation. Trotz des am Gesamtvolumen zu messenden Anteils des Umweltministeriums deckten das Ministerium und dieser Ausschuss ein weites Aufgabenspektrum ab. Viele Diskussionspunkte seien aufgezählt worden.

Im Vorfeld habe der Ausschuss sich darauf verständigt, dass heute keine Grundsatzdiskussion zum Haushaltsplan stattfinden solle. Vielmehr sollten heute Verständnisfragen gestellt werden. Das Ministerium werde von Herrn Kaschny vertreten. Er könne Fragen beantworten. Die Hauptdiskussion finde in der zweiten Lesung statt.

**Rainer Deppe (CDU)** bittet darum, dem Ausschuss das Redemanuskript des Staatssekretärs zu übersenden. Die Präsentation sei ja schon verteilt worden. Der Staatssekretär habe seinen Bericht mit den Erneuerbaren Energien begonnen. Nordrhein-Westfalen solle zum Land Nr. 1 bei den Erneuerbaren Energien werden. Er frage, warum die Landesregierung im Bundesrat nicht zugestimmt habe. Es habe beim Ausbau der Erneuerbaren Energien einen dramatischen Einbruch gegeben, der wahrscheinlich anhalten werde. Biogas sei praktisch zum Erliegen gekommen. Das Gleiche treffe auf Photovoltaik zu. Die Restriktionen bei den Windrädern seien bekannt. Er wüsste gerne, wie der Staatssekretär zu einer solch optimistischen Einschätzung komme.

Herr Becker habe beim Punkt Förderung der biologischen Landwirtschaft gesagt, dass die Landesregierung die Öko-Landwirtschaft und die regionale Vermarktung fördern wolle. Vor zwei Wochen habe es im Landtag die schöne Präsentation „Genuss aus Nordrhein-Westfalen“ gegeben. Es sei deutlich geworden, dass Bio und regional zunächst einmal gar nichts miteinander zu tun hätten. Das seien zwei vollkommen unterschiedliche Spielfelder. Er wüsste gerne, wie die Schwerpunktsetzung vorgenommen werden solle, ob es der Landesregierung um regionale Landwirtschaft gehe – die Beziehung zwischen Erzeugern und den hier ansässigen Verbrauchern – oder vordringlich um die Biolandwirtschaft gehe.

Zum Thema Breitband: Er wüsste gerne, wo speziell im Haushalt das Thema Breitbandausbau in welcher Größenordnung angesiedelt sei.

**Anmerkung des Protokolls:** Die Haushaltseinbringungsrede zum Einzelplan 10 wurde dem Ausschuss mit **Vorlage 16/2255** übersandt.

**PStS Horst Becker (MKULNV)** schickt voraus, für das Thema EEG fühle er sich nur am Rande zuständig. Bekannt sei, dass die Vorschläge der Bundesregierung nicht unbedingt Vorschläge seien, die durch den Minister als gut befunden und positiv begleitet worden seien. In Zusammenhang mit Eigenbedarf und ähnlichen Fragestellungen habe es erhebliche Verhandlungen mit dem Bund gegeben. Zum Teil seien Kompromisse erzielt worden, die in die richtige Richtung gegangen seien. Am Ende bei der Abwägung zähle für beide Partner der Regierung, ob man ein solches Gesamtpaket mit dem, was man habe erreichen können, durchlasse oder ob man es nicht tue. Diese Landesregierung sei zu dem Ergebnis gekommen, dass sie es tue.

Zu dem verorteten Widerspruch zwischen Bio und regional: Selbstverständlich sei regional nicht per se Bio. Da habe Herr Deppe recht. Regional sei auch in der konventionellen Landwirtschaft ein Wert an sich, weil es regionale Strukturen stärke und im Übrigen von den Verbraucherinnen und Verbrauchern vor dem Hintergrund der Globalisierung gewünscht werde, Produkte zu essen, von denen man wisse, wo sie herkämen, wie sie hergestellt worden seien. Beides werde gestärkt.

Neben der Stärkung der regionalen Landwirtschaft sei es auch Ziel, die erhebliche Nachfrage nach biologischen Produkten in Nordrhein-Westfalen zu einem größeren Anteil, als es bisher gelinge, aus nordrhein-westfälischer Produktion zu befriedigen.

Zum Thema Breitband: Es werde mehr als unter den beiden Vorgängerregierungen für die Breitbandförderung ausgegeben. 8 Millionen würden in den nächsten Jahren im Durchschnitt ausgegeben. Das sei Ziel für die Breitbandförderung. Obwohl das noch einmal nach oben gefahren worden sei, insbesondere im letzten Jahr, reiche das nicht aus, um 2017/2018 50 MB flächendeckend zu haben. Da würde auch eine Verdoppelung auf fiktiv 16 Millionen € nicht ausreichen. An der Stelle werde man darauf angewiesen sein, dass vom Bund eine erhebliche Aufstockung der Fördermittel tatsächlich vorgenommen werde. Ansonsten seien diese Ziele nicht zu erreichen.

Er sei froh, dass auf Betreiben von Nordrhein-Westfalen in den beiden letzten Agrarministerkonferenzen einstimmig von allen Bundesländern entsprechende Resolutionen an den Bund erfolgt seien, darauf hinzuwirken, dass die Lizenzeinnahmen, die jetzt aus den Funklizenzen und ihrer Versteigerung anstünden, 2018 in den Breitbandausbau fließen müssten, damit es schneller weitergehe. Zum Zweiten werde darauf hingewiesen, dass man im Rahmen dieser Lizenzvergaben noch einmal ein weißes Fleckenprogramm haben wolle, um die Bereiche, die nicht mit Glasfaser versorgt seien, bis heute nicht mit LTE vernünftig versorgt würden, wenigstens an ein schnelles Funknetz zu bringen.

**Inge Blask (SPD)** bedankt sich für die ausführliche Darstellung des Staatssekretärs, was seitens des Ministeriums inhaltlich und finanziell für Nordrhein-Westfalen im Umweltbereich vorgenommen werde. Es sei parlamentarischer Brauch, dass bei der Einbringung kurze Nachfragen zum Inhalt gestellt würden. An der Stelle wolle sie sich an einer Grundsatzdiskussion nicht beteiligen. Das sollte dann in der nächsten Sitzung geschehen. Ihre Fraktion werde den Haushalt ausführlich beraten und einige Punkte in den nächsten Wochen noch einbringen.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
32. Sitzung (öffentlich)

24.09.2014  
sd-ro

**Karlheinz Busen (FDP)** bittet um Übersendung des Redemanuskripts. Luftschlösser könne er schlecht kommentieren. Nun sollten in bestimmten Bereichen Widerspruchsverfahren eingeführt werden. Sieben Stellen würden eingeplant. Sechs Stellen sollten aus dem eigenen Haus genommen werden. Er bitte, dazu Stellung zu nehmen.

**LMR Achim Kaschny (MKULNV)** merkt an, die Zahl sieben sei aufgrund der Erfahrungen, die man mit diesem Widerspruchsverfahren gemacht habe, gewählt worden. Er würde gerne schriftlich beantworten, wie das Ministerium zu dieser Zahl gekommen sei.

**Christina Schulze Föcking (CDU)** bedankt sich für den Bericht. Er habe von einem relativ kleinen Budget gesprochen. Wenn sie es richtig sehe, spreche man über einen Haushalt von über 953 Millionen €. Das sei fast 1 Milliarde. Im Moment steige das nur noch an. Sie wäre da vorsichtig, von einem kleinen Budget zu sprechen, und rege an, Einsparungen vorzunehmen, gerade vor dem Hintergrund, dass im Land NRW die Schulden weiter anstiegen. Als junge Mutter mit Blick auf ihre Kinder mache ihr das allergrößte Sorgen.

Der Staatssekretär habe von Fehlentwicklungen gesprochen, weswegen mehr investiert werden solle. Man brauche mehr Öko, mehr Bio, mehr regional. Was das Regionale angehe, so unterstütze sie die Landesregierung auch im Bereich Ökoanbau. Nur auf die Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft zu schießen, sei sicher falsch. Ihr fehle definitiv ein Dank an die konventionellen Betriebe, wenn das schon so auffällig mit in den Bericht hineingenommen werde. Die Standards, die man hier habe, seien weltweit mit die höchsten. Sie habe gestern Abend noch mit einigen Bauern zusammengesessen, die im Moment sehr frustriert seien, was den Generalverdacht aus dem Hause Remmel anbelange.

Sie würde sich wünschen, dass man bewusst sehe, wenn man es schon hervorhebe, wie viele Generationen auf den Höfen eine tolle Arbeit leisteten.

Sie habe eine Frage zum Haushaltsplan Kapitel 10 020 – Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 75 – Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Flächenentwicklung. Der Ansatz 2015 betrage fast 22.289.700 €. Das sei ein Mehr von über 7 Millionen im Vergleich zu dem Jahr 2014. Sie wüsste gerne, wie das zu erklären sei.

**Vorsitzender Friedhelm Ortgies** fragt, ob die Frage spontan beantwortet werden könne.

**LMR Achim Kaschny (MKULNV)** antwortet, spontan gehe das nicht. Im Hause gebe es eine dezentrale Ressortverantwortung. Er sage zu, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Die Frage werde natürlich zur nächsten Sitzung beantwortet, schickt **PStS Horst Becker (MUKLNV)** voraus. Das sei ein Statement gewesen. Jetzt müsse man keine Statements austauschen. Er könne nicht nachvollziehen, dass Frau Schulze Föcking gesagt habe, das Ministerium stelle die Landwirtschaft unter Generalverdacht.

Nun habe man eine Situation, in der es in der Gesellschaft Debatten gebe. Die gebe es sogar im Bund zurzeit. Auch der Bundesagrарminister mache sich auf den Weg und sage, wenn man nicht erhebliche Verbesserungen gerade in der Tierhaltung hinbekomme, und zwar freiwillig, dann werde man notfalls gesetzgeberische Initiativen im nächsten Jahr ergreifen. Er sage, wenn das nicht innerhalb des nächsten halben, Dreivierteljahres freiwillig gehe, dann werde auch der Bundesagrарminister gesetzgeberische Initiativen auf den Weg bringen. Das mache deutlich, dass es sich um ein Spannungsfeld, eine gesellschaftliche Debatte um die Form der Tierhaltung und bestimmte Formen in der Landwirtschaft handele. Das habe nichts mit Generalverdacht zu tun, sondern mit einer tief ethischen Fragestellung. Es gehe um die Frage, wie man mit lebenden Kreaturen umgehe. Diese Debatte sollte sachlich geführt werden.

**Rainer Deppe (CDU)** kommt auf Kapitel 10 020 Titelgruppe 62 – Pferdezucht und Pferdesport zu sprechen. Der Betrag sei um 1,6 Millionen € auf zukünftig 450.000 € gekürzt worden. Ihn interessiere, warum das passiert sei. – Die Frage solle zur nächsten Sitzung beantwortet werden, hält **Vorsitzender Friedhelm Orgies** fest.

**LMR Achim Kaschny (MUKLNV)** kommt noch einmal auf die Frage von Frau Schulze Föcking zurück, die sich auf Titelgruppe 75 bezogen habe – Kapitel 10 020 Titelgruppe 75. Der Ansatz sei gleich geblieben. Im vergangenen wie in diesem Jahr habe der Ansatz 400.000 € betragen.

Sie beziehe sich auf Kapitel 812 75, in dem es um die eine Position gehe, erwidert **Christinae Schulze Föcking (CDU)**. Sie würde gerne die Veränderungen dargestellt bekommen.

**Josef Wirtz (CDU)** kommt darauf zurück, dass der Minister den ökologischen Anbau stärker fördern wolle. Ihn interessiere, wie viel Prozent der Betriebe in Nordrhein-Westfalen biologisch wirtschafteten. Wenn man stärkere Anreize schaffe, habe man bestimmt eine Zielvorstellung, wie weit man die biologische Produktion ausdehnen wolle. Er frage das vor dem Hintergrund, dass konventionell wirtschaftende Landwirte auf biologische Produktion umstellen würden. Er sehe die Gefahr, dass durch biologischen Anbau nicht die Erträge wie im konventionellen Bereich erzielt würden. Er sehe die Gefahr, dass es, wenn der biologische Anbau forciert werde, in dem einen oder anderen Fall zu einer Lebensmittelknappheit kommen könnte, nicht unbedingt in Deutschland. Aber in anderen Teilen auf der Welt gebe es die Situation, dass man Milliarden von Menschen nicht mehr satt bekomme.

**PStS Horst Becker (MKULNV)** erläutert, knapp 5 % der Betriebe in Nordrhein-Westfalen würden ökologisch anbauen. Damit sei keine Zielvorstellung verbunden. Durch die Förderung wolle man nun nicht von 5 % auf 8 % oder 10 %. Es wäre illusorisch, solche Zielvorgaben vorzugeben. Es sei schon ambitioniert, die 5 % leicht zu steigern. Das wäre ein Erfolg. Es sei ja nicht so, dass sich die Betriebe massenweise darum prügeln, auf ökologischen Umbau umzustellen. Es bleibe aber richtig, dass es das Ziel gebe, beispielsweise biologische Frühkartoffeln nicht unbedingt aus Israel oder Ägypten zu beziehen, sondern dass man dafür Sorge, dass so etwas hier angebaut werde. Das müsse ein gemeinsames Ziel sein, auch im Sinne regionaler Bewirtschaftung. Das sei auch kein Widerspruch zu Bio.

Was die angeblich dadurch verursachte Ernährungsknappheit weltweit angehe, so könne er das nicht nachvollziehen. Da gebe es andere Fragestellungen. Das betreffe aber die Wertung von Lebensmitteln. Immer noch werde zu viel vernichtet. Den ökologischen Anbau als Hinderungsgrund der Welternährung darzustellen, da habe man tatsächlich unterschiedliche Einschätzungen.

**Rainer Deppe (CDU)** bemängelt, die Fragen, die gestellt worden seien, hätten alle nicht beantwortet werden können. Dann frage er, warum Herr Kaschny seinen Urlaub habe unterbrechen müssen. Er hätte ihm den freien Tag gegönnt.

Jetzt gebe es das grundsätzliche Angebot des Ministers, von dem seine Fraktion in der Vergangenheit nicht Gebrauch gemacht habe, aber vielleicht Gebrauch machen würde, dass, wenn in der Fraktion, im Arbeitskreis Fragen zum Haushalt bestünden, die entsprechenden Fachleute aus dem Haushaltsreferat in die Sitzung kämen und die Dinge erklärten. Nach den Erfahrungen von heute sehe er auch wenig Sinn darin. Seine Fraktion habe auch schon einmal schriftliche Fragen zum Haushalt als Kleine Anfragen gestellt. Die seien nichtssagend beantwortet worden. Hinterher sei man genauso schlau wie vorher gewesen. Das hätte man sich auch sparen können.

Er frage, wie sich der Minister vorstelle, dass sich der Ausschuss im Detail mit Unterstützung des Ministeriums mit diesem Haushalt beschäftigen könne. Wenn man die Unterstützung nicht bekomme, von der öffentlich die Rede sei, dann müsse man sich selber darum kümmern. Wenn die Fragen beantwortet werden könnten, sollte das durch die Leute geschehen, die das hier auch zu verantworten hätten und den Haushalt aufgestellt hätten. Er wüsste gerne, wie das funktionieren solle.

**Vorsitzender Friedhelm Ortgies** erwidert, wenn in der Sitzung Fragen gestellt würden und diese beantwortet werden könnten, sei das okay. Wenn nicht, würden die Fragen in der nächsten Sitzung beantwortet. Heute tage der Ausschuss auswärts. Da sei nicht die komplette Fachabteilung anwesend. Er gehe davon aus, dass, wenn der Ausschuss oder auch der Arbeitskreis in Düsseldorf tagen würden, die Vertreter der Fachabteilung kämen und Fragen konkret beantworten könnten. Heute sei das so nicht vorgesehen gewesen.

**LMR Achim Kaschny (MKULNV)** kommt auf die Frage nach der Titelgruppe 62 - Pferdezucht und Pferdesport zu sprechen. Die Absenkung sei dadurch zu erklären, weil in einer einmaligen Aktion die Aachener Europameisterschaften mit Investivmitteln unterstützt worden seien. Diese Mittel seien im nächsten Jahr nicht mehr vorzusehen.

**PStS Horst Becker (MKULNV)** geht davon aus, dass in der Vergangenheit die Fragen fachlich beantwortet worden seien. So kenne er das Haus aus den zwei Jahren, in denen er dem Haus angehöre. Er wisse auch, dass der Minister großen Wert darauf lege, dass alle Fraktionen, wenn sie Fragen stellten, auch vernünftige Antworten bekämen. Der Minister überlege immer wieder vor Ausschüssen, welche Informationen er dem Ausschuss noch gebe könne. Wenn man das anders sähe, würde man den Minister falsch einschätzen.

Wenn der Minister angeboten habe, dass Mitarbeiter des Hauses zu den Beratungen der Fraktionen hinzugezogen würden, dann werde das auch erfüllt. Bewertungen wolle er sich jetzt enthalten.

**Vorsitzender Friedhelm Ortgies** hält fest, das Haushaltsrecht sei das Königsrecht des Plenums. Die Abgeordneten seien Teil des Plenums. Er sei sicher, dass das Ministerium die Abgeordneten umfassend informieren und alle Fragen beantworten werde. Das sei heute nicht der Fall, aber beim nächsten Mal.